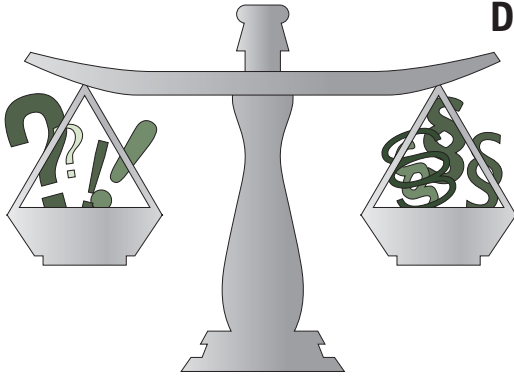


RELIGIONSFREIHEIT DIE MENSCHENRECHTE



Ziel

Die SuS lernen die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" kennen und können daraus handlungspraktische Konsequenzen für den Umgang miteinander ableiten.



Material

Kopiervorlage "Menschenrechte", Flipchart- oder Plakatpapier, Stifte, Scheren, Kleber, Magazine/Zeitschriften/Fotos für anschließende Plakatcollage, Internetzugang



Zeitaufwand

90 Minuten

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Die Menschenrechtserklärung oder auch "UN-Menschenrechtscharta" genannt, ist eine Bezeugung in 30 Artikeln zu den allgemeinen Grundsätzen der Menschenrechte von den Vereinten Nationen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 legte den Grundstein für den internationalen Menschenrechtsschutz, denn zuvor waren Menschenrechte grundsätzlich Gegenstand der nationalen Verfassungen. Der zweite Weltkrieg bedeutete schließlich die Wende. Die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen beinhaltet Rechte, die jedem Menschen zustehen. Sie gelten unabhängig davon, ob man Staatsbürger eines Landes ist. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist jedoch kein völkerrechtlicher Vertrag und somit nicht verbindlich, jedoch beinhalten der für Mitgliedstaaten bindende Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Sozialpakt viele Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

In dieser Übung überlegen die SuS, welche Bedeutung die unterschiedlichen Rechte haben und warum diese notwendig sind. Später sollen sie SuS sich in ihren Gruppen mit einem einzigen Menschenrecht auseinandersetzen und durch weitere Recherche bearbeiten.



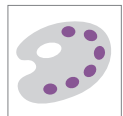
Wussten Sie, dass die erste Niederschrift von Menschen- und Freiheitsrechten in Europa die sogenannten "Zwölf Artikel" sind. Diese Artikel stellen die Forderungen der Bauern im deutschen Bauernkrieg 1525 in Memmingen gegenüber dem Schwäbischen Bund dar. Die Zwölf Artikel forderten unter anderem die Freiheit der Bauern und aller Menschen, die Abschaffung der willkürlichen Bestrafung und die Unterstützung der Armen.



AUFBAU



Kleingruppen



Materialbedarf: hoch



Internetzugang

Eine
saubere Umwelt
ist ein
Menschenrecht.
Dalai Lama

Übungsablauf

1. Lesen Sie die Artikel der Menschenrechtserklärung mit den SuS durch, damit die SuS jeden Artikel schon einmal gehört haben. Im Anhang (7.28) finden Sie die Menschenrechte in Leichter Sprache.
2. Teilen Sie die SuS in Gruppen mit mindestens drei Personen auf.
3. Jedes Gruppenmitglied bekommt nun einen Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zugeteilt, darf dieses jedoch nicht den anderen zeigen. Der Artikel wird nun von ihr/ihm zeichnerisch dargestellt und die anderen raten, um welches Menschenrecht es sich handelt.
4. Gewonnen hat die Gruppe, die als erstes alle Menschenrechte geraten hat. Sie darf sich nun ein Menschenrecht aussuchen, welches sie auf einem Plakat darstellt. Hierzu dürfen eigene Fotos, Zeitungsartikel oder Zeichnungen benutzt werden. Geben Sie den SuS auch die Möglichkeit, im Internet zu recherchieren.
5. Am Ende sollen alle fünf Gruppen ein Menschenrecht bearbeiten und der ganzen Klasse anschließend vorstellen.
6. Diskussion der Ergebnisse.

Reflexion & Diskussion

- War es schwer, die Menschenrechte darzustellen?
- Welche Zeichnungen haben euch besonders gefallen?
- Welche Ideen waren gut?
- Wusstet ihr, dass all diese Rechte zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechten gehören?
- Wieviel wusstet ihr vorher über die Menschenrechte?
- Welche Bedeutung haben die Menschenrechte für euch?

Ideen & Vorschläge zur Weiterarbeit

- Die Begriffe können auch pantomimisch oder sprachlich, aber ohne die Wörter des jeweiligen Artikels zu benennen, erklärt werden.
- Diese Übung kann auch mit der ganzen Klasse an der Tafel gespielt werden. Wer das Menschenrecht als erstes errät, ist anschließend mit Zeichnen dran.

Übungsverknüpfung

Alternativ können Sie diese Übung auch mit den Kinderrechten statt mit den Menschenrechten durchgehen. Diese wurden schon einmal in der Übung "*Kinderrechte und ihre Bedeutung*" im Kapitel "Grundwerte" (2.1.5) behandelt. Im Anhang (7.28) finden Sie die Menschenrechte in Leichter Sprache.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

(10. Dezember 1948; Quelle: UN Department for General Assembly and Conference Management German Translation Service, NY, USA)

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebiets, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 3

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6

Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 8

Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

Artikel 9

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10

Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

Artikel 11

Jeder, der wegen einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 13

Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14

Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Artikel 15

Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16

Heiratsfähige Frauen und Männer haben ohne Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte. Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden. Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17

Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Artikel 19

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20

Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen. Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21

Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken. Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande. Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23

Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24

Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 25

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26

Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muß allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen. Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27

Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben. Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Artikel 28

Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29

Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30

Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.